

Niederschrift

zur 49. Sitzung der Stadtverordnetenversammlung der Stadt Fürstenwalde/Spree (Wahlzeit 2014/2019)

Sitzungsdatum	Sitzungsdauer	Sitzungsort
Donnerstag, den 13.09.2018 Fortsetzung Montag, den 17.09.18	18.30-21.10 Uhr 18.30-20.40 Uhr	Restaurant "Seeblick" im Ortsteil Trebus

Anwesenheit

Vorsitz

Jürgen Teichmann ,

Fraktion DIE LINKE.

Jutta Bargenda , Rene Benz am 17.9. entschuldigt, Monika Fiedler , Jürgen Grasnack am 17.9. entschuldigt, Stephan Wende am 17.9. entschuldigt,

CDU-Fraktion

Rolf Hilke entschuldigt, Jens Hoffrichter ab 19.16 Uhr, am 17.9. ab 18.46 Uhr, Uwe Koch , Karin Lehmann , Wolfgang Petenati ,

Bündnis Fürstenwalder Zukunft (BFZ)

Christian Dippe , Thomas Fischer ab 18.54 Uhr, am 17.9. entschuldigt, Kai Hamacher am 17.9. entschuldigt, Christina Krüger , Nancy Krüger , Anja Miethke am 17.9. entschuldigt, Janett Seiler ,

SPD-Fraktion

Jens Finka am 17.9. ab 18.40 Uhr (im NÖT entschuldigt), Klaus Hemmerling , Jürgen Luban , Sebastian Rausch am 17.9. entschuldigt, Klaus Runge am 17.9. entschuldigt, Elke Wagner ,

FDP-Fraktion

Eberhard Henkel , Reinhard Ksink , Petra Schumann ,

Bürgermeister

Matthias Rudolph ,

Bündnis 90/Die Grünen

Peter-Frank Apitz entschuldigt, Jens-Olaf Zänker ,

Fraktionsloser Abgeordneter

Lars Aulich ,

Verwaltung

Franka Koch , Christfried Tschepe ,

Abwesend

Fraktion DIE LINKE.

Gerold Sachse entschuldigt, im Urlaub, am 17.9. anwesend,

TOP 1 Eröffnung der Sitzung

Der Vorsitzende begrüßt die Anwesenden zur 49. Sitzung der Stadtverordnetenversammlung recht herzlich und eröffnet die, im Ortsteil Trebus stattfindende, Sitzung.

TOP 2 Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Anwesenheit

Der Vorsitzende stellt die ordnungsgemäße Ladung und die Anwesenheit fest. Es sind zunächst 24 (später 28) Stadtverordnete und der Bürgermeister anwesend.

TOP 3 Feststellung der Tagesordnung

Der Vorsitzende informiert, dass eine mögliche Folgesitzung am 17.9.2018 im Festsaal des Alten Rathauses stattfindet.

Frau Wagner beantragt, den TOP 8.15 Städtebauliche Entwicklung im Bereich Altstädter Platz aufgrund der vorhandenen Beschlusslage von der Tagesordnung abzusetzen.

Dafür stimmen 18 Anwesende, 7 stimmen dagegen und 2 enthalten sich. Damit ist der Antrag angenommen.

Frau Fiedler bittet, den TOP 8.4 Qualität der Mittagsversorgung kontrollieren zurückzustellen, da notwendiges Zahlenmaterial durch die Verwaltung noch nicht vorgelegt werden konnte.

Herr Wende bittet, einen TOP Informationen und Aussprache zum Sachstand des Bau- und Förderprojektes „Sanitärgebäude Pneumant-Sportforum sowie zwei heute eingereichte Eilanträge (Babybegrüßungsdienst und Aufhebung eines Beschlusses des Hauptausschusses) auf die Tagesordnung zu setzen.

Nach einigen Irritationen über die Dringlichkeit dieser Angelegenheiten vertreten sowohl der Bürgermeister als auch der Vorsitzende der Stadtverordnetenversammlung die Auffassung, dass es sich um keine dringlich zu beratende, zu beschließende Angelegenheiten handelt.

Zustimmung mit Änderung

TOP 4 Bestätigung der Niederschrift (entfällt)

TOP 5 Informationen des Vorsitzenden

Der Vorsitzende verkündet, dass die CDU-Fraktion nachfolgende Personen für den Pool der sachkundigen EinwohnerInnen benennt: Frau Dr. Anya Quilitzsch, Herrn Tobias Keßlau und Herrn Volker Maczek

TOP 6 Informationen des Bürgermeisters

Der Bürgermeister verzichtet auf Informationen.

TOP 7 Einwohnerfragestunde

Frau Rothe, Vorsitzende des OB Molkenberg, meldet sich zu Worte. Sie spricht das Tempolimit auf 30 km/h an, das genehmigt und mit entsprechenden Hinweisen auf der Fahrbahn markiert und angezeigt wurde. Aufgrund der wechselnden Witterungsverhältnisse und bei Regen sind diese Markierungen nur schwer zu erkennen, so wird Tempo 30 kaum eingehalten. Sie fragt, wann das Tempolimit ordnungsgemäß ausgewiesen wird.

Des Weiteren bringt sie zum Ausdruck, dass Hilfe und Unterstützung vom Bürgermeister als Mitglied im Wasser- und Abwasserzweckverband erhofft wird, da die Wasserqualität und der Wasserdruck im Ortsteil zu gering sind. Bislang sind Antworten vom ZV leider nicht gegeben worden.

Herr Rudolph berichtet, dass er die Thematik mit in die nächste Verbandsversammlung am 24.9.2018 nehmen wird.

Außerdem lädt Frau Rothe die Stadtverordneten zu einer Ortsbesichtigung ein und bittet, sich mit ihr in Verbindung zu setzen.

Herr Schilsky hat eine Frage zum BPlan Ketschendorfer Feldmark II. Er hatte eine Frage zur möglichen Bedachung bezüglich erneuerbarer Energien und Solaranlage. Herr Tschepe berichtet, dass die Nutzung von PV-Anlagen damit nicht eingeschränkt und trotzdem eine nachbarschützende Wirkung vorhanden ist. Der Bürgermeister ergänzt, dass explizit festgelegt wird, dass nichtspiegelnde Flächen genutzt werden können.

TOP 8 **Behandlung der Tagesordnung des öffentlichen Teils der Sitzung**

TOP 8.1 **Einbringung von Anträgen durch die Fraktionen**

TOP 8.1.1 **Antrag der Fraktion DIE LINKE - Beschluss des Hauptausschusses zur DS 6/AN/788 6/769 aufheben und in der STVV entscheiden**

Herrn Wende geht es diesbezüglich um einen formalen Vorgang, zur Sache wird er nicht sprechen, da der erwähnte Beschluss in einer nichtöffentlichen Sitzung des Hauptausschusses gefasst wurde. Er beantragt, den Beschluss des HA heute aufzuheben und in der Sache dann am 18.10.2018 im nichtöffentlichen Teil zu beraten und zu beschließen.

Der Vorsitzende vertritt die Auffassung, dass hier keine Eilbedürftigkeit vorliegt und heute nicht darüber befunden werden kann. In der heutigen Sitzung kann über die Einbringung und Verweisung in die Ausschüsse beschlossen werden.

Verweisung

TOP 8.1.2 **Antrag der Fraktionen DIE LINKE. und SPD - Aussetzung des Babybegrüßungsdienstes unverzüglich zurücknehmen 6/AN/787**

Auch für diesen Antrag stellt der Vorsitzende keine Eilbedürftigkeit fest. Er wird als eingebracht, in die Ausschüsse verwiesen.

Verweisung

TOP 8.1.3 **Antrag des Ortsbeirates Molkenberg - Erstellung eines Verkehrswege- und Gestaltungskonzeptes und Ausführung notwendiger Instandhaltungs- und Instandsetzungsmaßnahmen 6/AN/776**

Der Antrag wird in die Beratungsliste der Gremien eingebracht.

Verweisung

TOP 8.1.4 **Antrag der FDP-Fraktion - Mehrwegtassen für den Weihnachtsmarkt in Fürstenwalde/Spree 6/AN/774**

Auch dieser Antrag wird in die Beratungen eingebracht.

Herr Henkel führt noch an, dass eine Anschaffung von 5.000 Tassen über das Projekt „Soziale Stadt“ gefördert werden könnte.

Verweisung

TOP 8.1.5 Antrag der Fraktion DIE LINKE. "Gut für Fürstenwalde - Fuß- und Radweg 6/AN/770 nach Fürstenwalde Süd-West (Rauensche Ziegelei) errichten"

Der Antrag wird in die Fachausschüsse verwiesen und in der nächsten STVV zur Beschlussfassung vorgelegt.

Verweisung

TOP 8.2 Antrag der Fraktion DIE LINKE. - "Gut für Fürstenwalde: Entwicklung und 6/AN/748 Planungen im Heideland legitimieren!"

Herr Wende führt aus, dass es nicht darum geht, etwas zu verhindern. Vielmehr soll die Grundlage dafür geschaffen werden, dass die Stadtverordneten eine legitimierte Entscheidung treffen können für die weiteren finanziellen Mittel, für die weitere Planung etc. Dafür soll u.a. eine verbindliche Umfrage unter den BewohnerInnen über eine mögliche Erstellung eines Bebauungsplanes getätigt werden.

Man wolle wissen, so Herr Wende weiter, wieviel Kraft in die Entwicklung des Gebietes investiert werden kann und soll.

Herr Wittig spricht nun als Vorsitzender des Ortsbeirates Heidelandes. In der OB-Sitzung wurde darüber gesprochen und der Antrag wurde als nicht zielführend ablehnend beschieden.

Ablehnung Ja 11 Nein 16 Enthaltung 1 Befangen 0

TOP 8.3 Antrag der Fraktion DIE LINKE. "Gut für Fürstenwalde - Nur ein freundlicher und sauberer Bahnhof ist ein ordentliches Entree zur Stadt" 6/AN/747

Herr Tschepe führt aus, dass es weiterhin unklar ist, wer am Bahnhof und im Umfeld wofür zuständig ist. Aus diesem Grunde will man sich mit allen Beteiligten (Bahn-AG, Anliegern, Verwaltung) zu Detailfragen verständigen.

Beschluss:

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt, den Bürgermeister zu beauftragen:

- Der Bürgermeister tritt in Verhandlungen mit der DB Station mit dem Ziel, die Reinigung des Bahnhofes und des Bahnhofumfeldes täglich vornehmen zu lassen.

alternativ, wenn dies in den Verhandlungen mit DB Station nicht erreichbar ist:

- Der Bürgermeister tritt in Verhandlungen mit DB Station mit dem Ziel, die Reinigung des Bahnhofes und des Bahnhofumfeldes künftig im Auftrag für die DB Station zu übernehmen und den Aufwand der DB Station in Rechnung zu stellen
- Die tägliche Reinigung des Bahnhofes und Bahnhofumfeldes übernimmt der Kommunalservice (ehem. Bauhof), der dies gerade auch am Wochenende in seine Reinigungstour von Marktplatz, Eisenbahnstraße und Bullenwiese mit aufnehmen kann.

und weiter:

- Der Bürgermeister wird beauftragt, in Abstimmung mit DB Station eine Ausschilderung zu wichtigen touristischen Orten sowohl nach Nord als auch nach Süd vornehmen zu lassen, und zwar auf dem Bahnhof, im Tunnel und auf der Brücke

•Der Bürgermeister wird beauftragt, in Abstimmung mit der Stadtjugendpflege und den Jugendclubs der Stadt eine Neugestaltung des Bahnhoftunnels als Ideenwettbewerb auszuschreiben. Der durch eine Jury prämierte Siegerentwurf ist umzusetzen und wird in den Fachausschüssen (Ausschuss für Kultur und Soziales, Stadtentwicklungsausschuss) vorgestellt und besprochen. Die finanziellen Mittel für den Wettbewerb und die Realisierung des Siegerentwurfes sind bereitzustellen. Eine Nutzung des Jugendfonds aus "Demokratie leben" sollte geprüft werden.

Zustimmung Ja 28 Nein 0 Enthaltung 1 Befangen 0

TOP 8.4 Antrag der Fraktion DIE LINKE. "Gut für Fürstenwalde: Qualität der 6/AN/749 Mittagsversorgung kontrollieren!"

Verweisung

TOP 8.5 Wahl des Ersten Beigeordneten 6/DS/778

Der Stadtverordnete Sebastian Rausch erklärt seine Befangenheit und nimmt an der Wahl nicht teil.

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverordnetenversammlung wählt auf Vorschlag des Bürgermeisters Herrn Stefan Wichary für die Dauer von 8 Jahren zum Ersten Beigeordneten der Stadt Fürstenwalde/Spree.

Zustimmung

TOP 8.5.1 Zusammentreten der Wahlkommission

Die Wahlkommission (auf eine geheime Wahl wird einstimmig verzichtet) setzt sich aus folgenden Stadtverordneten zusammen:

Karin Lehmann, Petra Schumann, Kai Hamacher, Jens Finka, Jürgen Grasnick und Jens-Olaf Zänker

Die Wahlkommission konstituiert sich und bestimmt Herrn Jens-Olaf Zänker zum Vorsitzenden.

TOP 8.5.2 Durchführung der Wahl

Auf Vorschlag des Bürgermeisters steht Herr Stefan Wichary zur Wahl.

Für die Wahl stehen zwei Wahlkabine und eine Wahlurne zur Verfügung. Das Auditorium überzeugt sich von der ordnungsgemäßen Vorbereitung der Wahlunterlagen.

Herr Rausch erklärt seine Befangenheit.

Die zur Abstimmung kommenden Stadtverordneten werden namentlich aufgerufen und holen sich ihren Stimmzettel.

TOP 8.5.3 Bekanntgabe des Wahlergebnisses

Im ersten Wahlgang ist gewählt, wer die Mehrheit der Stimmen der gesetzlichen Anzahl der Mitglieder der STVV erhält.

Der Vorsitzende der Wahlkommission erklärt, dass 13 Ja- und 14 Nein-Stimmen abgegeben wurden. Damit ist Herr Wichary nicht gewählt worden und ein zweiter Wahlgang ist notwendig. Die Wahlkommission bereitet den zweiten Wahlgang vor und führt ihn durch.

Nach Feststellung des Wahlergebnisses durch die Wahlkommission erklärt der Vorsitzende der Wahlkommission, dass 16 Ja- und 10 Nein-Stimmen sowie 1 ungültigen Stimme abgegeben wur-

den.

Nunmehr wird zu einem weiteren Urnengang eingeladen und der Vorsitzende der Wahlkommission erklärt nach der Durchführung und Feststellung des Wahlergebnisses, dass 20 Ja- und 8 Nein-Stimmen abgegeben wurden. Damit ist Herr Stefan Wichary in seinem Wahlamt als Erster Beigeordneter bestätigt.

Im Anschluss der Wahl entsteht zur Tagesordnung und einer möglichen Eilbedürftigkeit der eingebrachten Anträge eine so große Unruhe, dass der Vorsitzende die Sitzung abrechen und schließen muss.

TOP 8.6 Fortsetzung der Sitzung am 17.9.2018

Der Vorsitzende stellt fest, dass zur Fortsetzungssitzung 21 Stadtverordnete und der Bürgermeister anwesend sind.

Der Vorsitzende informiert, dass er zum 1.10.2018 von seinem Amt als Vorsitzender der Stadtverordnetenversammlung zurücktritt. Er begründet diesen Schritt mit Überlegungen, die er seit längerer Zeit hegt, weil er sich nicht zerreiben und vorführen lassen will. Nach seiner Auffassung ist das keine vertrauensvolle Zusammenarbeit mehr. In den 15 Jahren, in denen er das Amt innehatte, wurden von ihm nicht nur die Stadtverordnetenversammlungen geleitet. Vielmehr hat er immer unparteilich die Interesse der Stadt vertreten, Veranstaltungen organisiert und besucht, und die Stadt in würdiger Form vertreten.

Frau Lehmann bedauert diesen Schritt außerordentlich. Sie dankt für die loyale, ausgleichende Arbeit und kritisiert, dass Herr Teichmann in den vergangenen Jahren ohne rechtlichen Beistand und Unterstützung von der Verwaltung alleingelassen wurde. Sie meint auch, dass sich Ton und Umgang in der Stadtverordnetenversammlung insgesamt unwürdig geben.

TOP 8.7 Neubildung des Hauptausschusses - Vorschlag der Ausschussmitglieder und ihrer Stellvertreter aufgrund des § 41 (6) der Brandenburgischen Kommunalverfassung (Antrag der Fraktion DIE LINKE)

Für die Neubildung des Hauptausschusses, die Benennung der Mitglieder und Stellvertreter wird zwischen den Fraktionen CDU, DIE LINKE und SPD eine Losentscheidung vorbereitet. Der Vorsitzende zieht einmal die CDU und dann die SPD.

Die Fraktionen benennen nun:

Wolfgang Petenati	Stellv. Jens Hoffrichter
Uwe Koch	Rolf Hilke
Karin Lehmann	Jürgen Teichmann
Eberhard Henkel	Petra Schumann, Reinhard Ksink
Christian Dippe	Kai Hamacher
Nancy Krüger	Christina Krüger
Thomas Fischer	Janett Seiler

Jens-Olaf Zänker	Peter Apitz
Elke Wagner Sebastian Rausch Jens Finka	Jürgen Luban Klaus Hemmerling Klaus Runge
Monika Fiedler Gerold Sachse	Stephan Wende Jutta Bagenda Jürgen Grasnick Rene Benz

TOP 8.8 Besetzung der Fachausschüsse (namentliche Benennung durch die Fraktionen)

Der Vorsitzende informiert, dass sich bei der Besetzung der Fachausschüsse nunmehr ohne die AfD folgende Sitzverteilung ergibt:

BfZ	3
CDU	2
DIE LINKE	2
SPD	2
FDP	1
B 90/Die Gr.	1

Die Fraktionen benennen für
Kultur- und Sozialausschuss:

Frau Miethke Frau Seiler Frau Christina Krüger	Stellv. Herr Fischer Herr Dippe Herr Hamacher
Karin Lehmann Jürgen Teichmann	Herr Hoffrichter Herr Petenati Herr Hilke
Monika Fiedler Jutta Bagenda	Herr Sachse Herr Wende Herr Benz Herr Grasnick
Petra Schumann	Herr Ksink Herr Henkel
Herr Apitz	Herr Zänker
Klaus Runge Elke Wagner	Klaus Hemmerling Jens Finka Jürgen Luban

Stadtentwicklungsausschuss:

Jens Hoffrichter Rolf Hilke	Wolfgang Petenati Uwe Koch
--------------------------------	-------------------------------

	Karin Lehmann Jürgen Teichmann
Eberhard Henkel	Petra Schumann Reinhard Ksink
Kai Hamacher Christina Krüger Thomas Fischer	Christian Dippe Anja Miethke Janett Seiler Nancy Krüger
Jens-Olaf Zänker	Peter Apitz
Klaus Hemmerling Jürgen Luban	Frau Wagner Herr Rausch Herr Finka Herr Runge
Stephan Wende Rene Benz	Jutta Bagenda Gerold Sachse Jürgen Grasnick

Haushaltsüberwachungsausschuss:

Jens Hoffrichter Uwe Koch	Rolf Hilke Wolfgang Petenati Karin Lehmann Jürgen Teichmann
Reinhard Ksink	Petra Schumann Eberhard Henkel
Thomas Fischer Kai Hamacher Christian Dippe	Anja Miethke Janett Seiler Christina Krüger Nancy Krüger
Peter Apitz	Jens-Olaf Zänker
Sebastian Rausch Jürgen Luban	Herr Finka Herr Runge Herr Hemmerling
Jürgen Grasnick Gerold Sachse	Herr Wende Frau Bagenda Herr Benz

Zustimmung Ja 22 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0

TOP 8.9 Neubesetzung der Aufsichtsratssitze in den verbundenen Unternehmen 6/DS/777 der Stadt Fürstenwalde/Spree aufgrund des § 41 (6) BbgKVerf

Es besteht kein Diskussions- und Erläuterungsbedarf.

Beschlussvorschlag:

1. Wohnungswirtschaft GmbH Fürstenwalde/Spree

Die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Fürstenwalde/Spree bestätigt die Entsendung von:

Christian Rosengart	BFZ
Uwe Koch	CDU
Gerold Sachse	Die Linke
Juliane Meier	SPD
Eberhard Henkel	FDP

Aus dem Aufsichtsrats abberufen wird Herr Peter Apitz, Bündnis 90/Grüne.

Der durch die Fraktion des Bündnis Fürstenwalde Zukunft bzw. Bündnis 90/Grüne durch Einigung bzw. Losentscheid zu besetzende Sitz entfällt auf:

Aufgrund einer Einigung zwischen den Fraktionen BFZ und Bündnis 90/Die Grüne wird Herr Peter Apitz besetzen.

2. Gewerbe- und Industriepark Lindenstraße GmbH

Die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Fürstenwalde/Spree bestätigt die Entsendung von:

Kai Hamacher	BFZ
Wolfgang Petenati	CDU
Rene Benz	Die Linke
Klaus Hemmerling	SPD
Eberhard Henkel	FDP

Aus dem Aufsichtsrat abberufen wird Herr Lars Aulich, AfD.

Der durch die Fraktion des Bündnis Fürstenwalde Zukunft bzw. Bündnis 90/Grüne durch Einigung bzw. Losentscheid zu besetzende Sitz entfällt auf:

Nach einer Einigung zwischen den genannten Fraktion wird Herr Christian Dippe benannt.

3. Bürgerhaus „Fürstenwalder Hof“ – Kultur und Freizeit GmbH

Die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Fürstenwalde/Spree bestätigt die Entsendung von:

Kai Hamacher	BFZ
Rolf Hilke	CDU
Gerold Sachse	Die Linke
Sebastian Rausch	SPD
Eberhard Henkel	FDP

Aus dem Aufsichtsrats abberufen wird Herr Jens-Olaf Zänker, Bündnis 90/Grüne.

Der durch die Fraktion des Bündnis Fürstenwalde Zukunft bzw. Bündnis 90/Grüne durch Einigung bzw. Losentscheid zu besetzende Sitz entfällt auf:

Nach einer Einigung zwischen den genannten Fraktionen wird Herr Jens-Olaf Zänker berufen.

4. Fürstengalerie GmbH

Die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Fürstenwalde/Spree bestätigt die Entsendung von:

Thomas Fischer	BFZ
----------------	-----

Jens Hoffrichter	CDU
Gerold Sachse	Die Linke
Jürgen Luban	SPD
Eberhard Henkel	FDP

Aus dem Aufsichtsrats abberufen wird Herr Jens-Olaf Zänker, Bündnis 90/Grüne.

Der durch die Fraktion des Bündnis Fürstenwalde Zukunft bzw. Bündnis 90/Grüne durch Einigung bzw. Losentscheid zu besetzende Sitz entfällt auf:

Nach einer Einigung zwischen den genannten Fraktionen wird Herr Jens-Olaf Zänker benannt.

5. Gesundheitszentrums-Verwaltungsgesellschaft Fürstenwalde/Spree mit beschränkter Haftung

Die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Fürstenwalde/Spree bestätigt die Entsendung von:

Christian Dippe	BFZ
Karin Lehmann	CDU
Monika Fiedler	Die Linke
Elke Wagner	SPD
Reinhard Ksink	FDP

Aus dem Aufsichtsrat abberufen wird Herr Lars Aulich, AfD.

Der durch die Fraktion des Bündnis Fürstenwalde Zukunft bzw. Bündnis 90/Grüne durch Einigung bzw. Losentscheid zu besetzende Sitz entfällt auf:

Nach einer Einigung zwischen den genannten Fraktionen wird Herr Thomas Fischer benannt.

Zustimmung Ja 22 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0

TOP 8.10 Informationen und Aussprache zum Sachstand des Bau- und Förderprojektes "Sanitärgebäude Pneumant-Sportfeld"

Frau Lehmann erklärt ihre Befangenheit in dieser Sache.

Der Bürgermeister berichtet zum Stand der Dinge, dass die Verwaltung und er so arbeiten, wie es noch unter Herrn Hengst und Herrn Dr. Fehse mit der BSG Pneumant vereinbart wurde. Die Stadt Fürstenwalde hat gegenüber der BSG umfangreiche Beratungspflichten übernommen. Es handelt sich um das Thema Projektplanung, das ohne Probleme erfolgte. Weiterhin geht es um die Fördermittelbeantragung im Rahmen des KomInV 2016-2019, auch daran wird gearbeitet. Es geht, so Herr Rudolph weiter, die notwendigen öffentlichen Ausschreibungsverfahren auf der Grundlage der Planungsangaben des beauftragten Planers, das ist derzeit in Umsetzung und noch nicht vollständig erbracht. Des Weiteren geht es um Überwachung der beauftragten Planer, Architekten und Ingenieure – das wird getan, wenn es soweit ist. Überwachung der Bauausführung und der beauftragten Unternehmen – auch das wird dann getan. Die Prüfung von Abschlags- und Schlussrechnungen und die Erstellung des Verwendungsnachweises für den Fördermittelgeber werden dann abgearbeitet. Außerdem wurde der zu leistende und nachzuweisende Eigenanteil an die BSG Pneumant überwiesen.

Er führt weiterhin aus, dass es eine Auflage des Landessportbundes gibt, dass der Fördermittelempfänger ab Fertigstellung der Maßnahme einen Pachtvertrag über mindestens 25 Jahre nachweisen kann oder Eigentümer der Sportstätte ist.

An der Er- bzw. Überarbeitung eines aktuellen Pachtvertrages wird gegenwärtig gearbeitet. Das wurde dem Landessportbund mitgeteilt, der wiederum mitteilte, dass der Pachtvertrag vorzulegen

ist, wenn der Antrag beschieden wird. Herr Rudolph weist darauf hin, dass im Vorfeld aber noch einiges zu erledigen ist. Es liegt noch keine Baugenehmigung vor, weil u.a. im Rahmen des Bauantragsverfahrens dass für den Bestandsbau kein Brandschutzkonzept vorlag. Deshalb kam es zu Verzögerungen.

Frau Wagner beantragt aufgrund der Fachkunde Rederecht für Herrn Ulf Andres.
Dem wird mit 21 Stimmen und 1 Enthaltung zugestimmt.

Herr Andres berichtet über den terminlich engen Plan, zumal noch so viele Unwägbarkeiten zu berücksichtigen sind. Bis Oktober 2019 muss der Bau abgeschlossen sein. Er dankt der Verwaltung für die bisherige Unterstützung, meint aber auch, dass die Grundlage für das weitere Handeln –der Pachtvertrag – dringend benötigt wird. Das nachträgliche Brandschutzkonzept wurde veranlasst und soll noch in dieser Woche fertiggestellt sein. Der LSB verlangt sehr zeitnah den Pachtvertrag, ohne den es immer schwieriger wird, den ambitionierten Zeitplan einzuhalten.

Der Bürgermeister ergänzt, dass derzeit in der Verwaltung geprüft wird, einen vorzeitigen Maßnahmebeginn vornehmen zu können. Er erinnert an den Vorschlag, das Projekt aus Bundesmitteln zu finanzieren und damit sowohl mehr finanziellen und zeitlichen Spielraum zu bekommen, dieser Beschlussvorschlag wurde durch die STVV abgelehnt.

An der Erarbeitung des Pachtvertrages wird verwaltungsseitig intensiv gearbeitet. Er soll, wie mit dem LSB vereinbart, spätestens Mitte Oktober vorliegen.

TOP 8.11 Öffentlich-rechtlicher Vertrag zur Übertragung von Aufgaben des örtlichen Trägers der Jugendhilfe gemäß Artikel 6 des Staatsvertrages zwischen dem Land Berlin und dem Land Brandenburg vom 07.12.2001 auf die Stadt Fürstenwalde/Spree 6/DS/761

Es gibt keinen Erläuterungs- oder Diskussionsbedarf.

Beschluss:

Der Bürgermeister wird beauftragt, den öffentlich-rechtlichen Vertrag (Anlage 2) mit dem Landkreis Oder-Spree vom 27.06.2018 zur Übertragung von Aufgaben des örtlichen Trägers der Jugendhilfe gemäß Artikel 6 des Staatsvertrages zwischen dem Land Berlin und dem Land Brandenburg vom 07.12.2001 auf die Stadt Fürstenwalde/Spree abzuschließen und öffentlich bekannt zu machen.

Zustimmung Ja 22 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0

TOP 8.12 Aktualisierung des Grundsatzbeschlusses zur Sanierung und zum Umbau des Jagdschlusses 6/DS/782

Herr Sachse begrüßt diese DS und die „große“ Variante. Diese Variante soll ausdrücklich im Zusammenhang mit dem Gesamtprojekt gesehen werden, nämlich der Einrichtung einer Fachhochschule an der Aufbauschule, weil dieses einen wichtigen Entwicklungsschritt für die Stadt bedeutet.

Beschluss:

Der Bürgermeister wird beauftragt,

1. die Durchführung des Bauvorhabens „Sanierung und Umbau des Jagdschlusses“ in der Schloßstraße 13 und die Beauftragung der Planungsleistungen Lph 3 und 4 nach HOAI auf der Grundlage der Vorplanung zu beauftragen,
2. Deckungsmittel für den Eigenanteil der Stadt in Höhe von 1.765.000 € im Finanzhaushalt einzustellen,
3. und Möglichkeiten zu erörtern, um den Eigenanteil der Stadt zu reduzieren.

Zustimmung Ja 20 Nein 0 Enthaltung 2 Befangen 0

**TOP 8.13 Bebauungsplan Nr. 109 "Einkaufszentrum Alte Langewahler Chaussee" 6/DS/771
hier: Aufstellungsbeschlussgemäß § 2 Abs. 1 Baugesetzbuch (BauGB)**

Es besteht keine Erläuterungs- oder Diskussionsbedarf.

Beschluss:

1. Die Stadtverordnetenversammlung beschließt gemäß § 2 Abs. 1 Baugesetzbuch die Aufstellung des Bebauungsplanes Nr. 109 „Einkaufszentrum Alte Langewahler Chaussee“ für das Gebiet der Flurstücke 141, 275, 277, 279, 281, 287, 322 teilweise, 346, 347, 348, 349 der Flur 163; Gemarkung Fürstenwalde/Spree.
2. Der Bebauungsplan soll im Regelverfahren nach dem Baugesetzbuch mit Umweltbericht aufgestellt werden.

Zustimmung Ja 22 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0

TOP 8.14 28. Änderung des Flächennutzungsplanes der Stadt Fürstenwalde/Spree (Saarower Chaussee) hier: Einleitungsbeschluss 6/DS/765

Im Fachausschuss wurde der Variante A zugestimmt. Es besteht kein weiterer Erläuterungs- oder Diskussionsbedarf.

Beschluss:

- a) Die Stadtverordnetenversammlung beschließt gemäß § 2 Abs. 1 und § 1 Abs. 8 Baugesetzbuch (BauGB) die Einleitung des Verfahrens zur 28. Änderung des Flächennutzungsplanes der Stadt Fürstenwalde/Spree. Im Geltungsbereich der Änderung sollen zukünftig sowohl Gewerbliche Baufläche als auch Sonderbaufläche für Einkaufszentren und großflächige Handelsbetriebe dargestellt werden.

Zustimmung Ja 22 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0

**TOP 8.15 Bebauungsplan Nr. 108 "Saarower Chaussee/Friedenstraße" 6/DS/756
hier: Aufstellungsbeschluss gemäß § 2 Abs. 1 BauGB**

Auch hier hat der Fachausschuss sich für die Variante A ausgesprochen.

Herr Tschape ergänzt, dass der Aufstellungsbeschluss die Handhabe beinhaltet, das Prüfprogramm, das durch die Investoren zu erbringen ist, genauer zu definieren und über die Zwischenergebnisse zu berichten.

Beschluss:

- a) Die Aufstellung des Bebauungsplans Nr. 108 "Saarower Chaussee/Friedenstraße" gemäß § 2 Abs. 1 BauGB für das Gebiet: Flur 162, Flurstück 98 tw.; Flur 163, Flurstücke 96 tw., 39 tw.; Flur 166, Flurstücke 52, 53, 57; Flur 167, Flurstücke 1, 19 tw., 146, 147, Gemarkung Fürstenwalde/Spree, wird beschlossen.
Planungsziele sind die Festsetzung eines Sondergebiets Einzelhandel für einen großflächigen Bau- und Gartenmarkt, eines Gewerbegebiets, in dem auch nicht großflächiger und nicht zentrumsrelevanter Einzelhandel und Gastronomie zulässig sind, sowie Flächen für das Anpflanzen von Bäumen, Sträuchern und sonstigen Bepflanzungen entlang der Saarower Chaussee.

- b) Die Aufstellung des Bebauungsplans Nr. 108 "Saarower Chaussee/Friedenstraße" gemäß § 2 Abs. 1 BauGB für das Gebiet: Flur 162, Flurstück 98 tw.; Flur 163, Flurstücke 96 tw., 39 tw.; Flur 166, Flurstücke 52, 53, 57; Flur 167, Flurstücke 1, 19 tw., 146, 147, Gemarkung Fürstenwalde/Spree, wird beschlossen.
Planungsziele sind ein Gewerbegebiet, in dem auch nicht großflächiger und nicht zentrumsrelevanter Einzelhandel und Gastronomie zulässig sind, sowie Flächen für das Anpflanzen von Bäumen, Sträuchern und sonstigen Bepflanzungen entlang der Saarower Chaussee.

Zustimmung Ja 22 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0

TOP 8.16 Bebauungsplan Nr. 104 "Wohnen auf der Ketschendorfer Feldmark II" 6/DS/730 hier: Auslagebeschluss gemäß § 3 Abs. 2 Baugesetzbuch (BauGB)

Herr Tschepe ergänzt, dass in den Festsetzungen 2.2 eine Ergänzung hinzugefügt werden kann, um den Einsatz von Photovoltaikanlagen bzw. dem entsprechenden Dachsteinen ausdrücklich zu ermöglichen und klarzustellen. Dem stimmen die Stadtverordneten zu und der Beschlussvorschlag wird ergänzt.

Beschluss:

Die Stadtverordnetenversammlung nimmt den Entwurf zum Bebauungsplan Nr. 104 „Wohnen auf der Ketschendorfer Feldmark II“ (Stand: 06.08.2018) zur Kenntnis. Sie beschließt, mit diesem Entwurf (ergänzt in der textlichen Festsetzung Nr. 2.2 um einen Satz 3: „Satz 2 gilt nicht für Indach-PV-Anlagen und PV-Dachsteine.“) die Beteiligung der Öffentlichkeit gemäß § 3 Abs. 2 und § 4a BauGB und gleichzeitig die Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gemäß § 4 Abs. 2 BauGB sowie die Abstimmung mit den Nachbargemeinden gemäß § 2 Abs. 2 BauGB, jeweils in Verbindung mit § 4a BauGB, durchzuführen.

Zustimmung mit Änderung Ja 22 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0

TOP 8.17 Städtebauliche Entwicklung im Bereich Altstädter Platz - Ergebnisse für 6/DS/758 die Ziele und Inhalte des Bebauungsplans Nr. 90 "Wohnen am Altstädter Platz" aus der Beteiligung der Öffentlichkeit gemäß § 3 Abs. 2 BauGB

Der Fachausschuss hat sich nach ausgiebiger Diskussion für die Variante A entschieden. Herr Tschepe führt aus, dass der Auslagebeschluss die Grundlage für die Beteiligung der Öffentlichkeit und der Träger der öffentlichen Belange und der Nachbargemeinden bildet. Es sind eine Vielzahl von Stellungnahmen, Einwände und Hinweise eingegangen, die in der vorliegenden Vorlage ein- und verarbeitet wurden (Abwägungsprozess).

Herr Hoffrichter bemängelt grundsätzlich, dass nunmehr oft Beratungsdrucksachen mit verschiedenen Variantenvorschlägen unterbreitet wurden. Er vertritt die Auffassung, dass eine Abwägung im Vorfeld in der Verwaltung erfolgen und dann ein entsprechender Beschlussvorschlag unterbreitet werden soll. Die Stadtverordneten können eine politische, keine fachliche Bewertung treffen. Sind Beschlüsse fachlich nicht korrekt, ist es am Bürgermeister oder der Kommunalaufsicht die Revidierung dieser Beschlüsse einzufordern.

Auf die Nachfrage zur Rechtmäßigkeit der Varianten erläutert der Bürgermeister, dass selbstverständlich alle vorgestellten Möglichkeiten rechtmäßig sind. Die Verwaltung würde keine Varianten vorstellen, die rechtswidrig sind.

Herr Tschepe ergänzt, dass –sollte Variante A beschlossen werden- dann zum Oktober der Abwägungsvorschlag erarbeitet wird.

Der Vorsitzende lässt nunmehr über die einzelnen Varianten A bis C abstimmen.

Variante A: 13 Ja 7 Nein

Damit ist der Variante A bereits zugestimmt worden.

Beschluss:

Die Stadtverwaltung wird beauftragt,

- a) zu prüfen, ob im Ergebnis der Abwägung das Bebauungsplanverfahren ohne Änderungen, die die Grundzüge der Planung berühren und eine erneute Beteiligung erfordern würden, fortgesetzt und mit dem Satzungsbeschluss abgeschlossen werden kann.

Zustimmung Ja 13 Nein 7 Enthaltung 0 Befangen 0

TOP 8.18 Programm Stadtumbau III, hier: Städtebauliche Zielplanung "Stadtumbau in der Zweiten Reihe" - Maßnahmen und Gebietsabgrenzung 6/DS/762

Herr Sachse weist auf den von seiner Fraktion eingereichten Änderungsantrag hin, der 2 Ergänzungspunkte beinhaltet.

Herr Dippe beantragt dazu eine weitere Ergänzung/Konkretisierung ... vom Paul-Frost-Ring bis zur Spreeoberschule (Standort August-Bebel-Straße) ... die Gebietskulisse zu erweitern.

Zu den Ergänzungspunkten 3 und 4 (durch die Linke beantragt) führt Herr Tschepe aus, dass eine entsprechende Begründung an das Land erarbeitet werden muss und man für Pkt. 4 keine Probleme sehe. Anders sieht es für Pkt. 3 aus, hier sieht er Probleme und kaum Chancen, dass die Änderung der Stadtumbaukulisse genehmigt wird. Mangels fehlenden Bedarfes sieht er auch kaum Chancen, den jetzigen Schulstandort zu erhalten. Vielmehr könnte er an die Lange Straße/Ecke Kohlebahn verlegt werden. Der Bürgermeister ergänzt, dass das Schulzentrum einschließlich Grundschule beim Landkreis auf der Prioritätenliste ganz oben steht, die demnächst durch den Kreistag beschlossen werden soll. Sollten heute die Ergänzungen und Erweiterungen beschlossen werden, wird die Verwaltung alles tun, um sie in die Gebietskulissen einzuarbeiten. Sollten weitere Vorschläge bestehen, bittet die Verwaltung, diese kurzfristig zuzuarbeiten, da bis 30.9.2018 entsprechende Anträge gestellt werden müssen. Die nächste Prüfung findet erst wieder im September 2019 statt.

Beschluss:

Beschlusstext mit Änderung:

1. Die Stadtverordnetenversammlung beschließt die Umsetzung der Städtebaulichen Zielplanung „Stadtumbau in der Zweiten Reihe“ der Stadt Fürstenwalde/Spree.
2. Die Stadtverordnetenversammlung beschließt die Beantragung einer Änderung bzw. Erweiterung der Gebietskulissen „Stadtumbau Aufwertung“ und „Stadtumbau Rückbau“ im Städtebauförderungsprogramm beim Land Brandenburg.
3. Die bisherige Stadtumbaukulisse in Fürstenwalde (Süd) im Paul-Frost-Ring verbleibt als Konsolidierungskulisse im Stadtumbauprogramm, um insbesondere die Möglichkeit von (u.a. auch Sozial-) Wohnungsbauförderung aus dem Programm für die Stadt zu erhalten, und wird erweitert um die nordöstlich angrenzenden Grundstücke einschließlich des heutigen Standortes der Spree-Oberschule.
4. Die geplante Gebietskulisse „Stadtumbau“ wird um die (künftige) Straße an der Bäderbahn und das erweiterte Pneumant-Sportfeld erweitert.

Zustimmung mit Änderung Ja 22 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0

TOP 8.19 Unterzeichnung der "Brandenburger Erklärung"

6/DS/766

Es besteht keine weiterer Diskussions- oder Erläuterungsbedarf. Zum Vorschlag stehen zwei Varianten A oder B, die der Vorsitzende zur Abstimmung bringt. Der Stadtentwicklungsausschuss hat sich

für die Variante B entschieden.

Beschluss:

- b) Die Stadtverordnetenversammlung beschließt keine Unterzeichnung der „Brandenburger Erklärung“ durch den Bürgermeister.

Zustimmung Ja 15 Nein 0 Enthaltung 7 Befangen 0

TOP 9 Informationen der Verwaltung

Der Bürgermeister informiert, dass der Schulhof der Gerhard-Goßmann-Grundschule bis auf Weiteres kein öffentlicher Spielplatz mehr ist, da es vermehrt Beschwerden wegen defekter Anlagen und beschädigter Bänke gab. Außerdem hat der Alkoholkonsum auf dem Gelände zugenommen und es kam in diesem Zusammenhang zu Randale und Beschädigungen. Entsprechende Sicherungsmaßnahmen wurden bereits eingeleitet, um ihn so schnell wie möglich wieder freigeben zu können.

Der Bürgermeister berichtet zur Kreisumlage, nachdem der Kreistag einen Hebesatz von 40,3 % beschlossen hat. Das belastet den städtischen Haushalt nunmehr insgesamt mit rd. 1,5 Mio€. Die Zuweisungen für die Stadt haben sich allerdings auch erhöht (die allg. Schlüsselzuweisungen um 491.060 € und die inv. Schlüsselzuweisungen um 12.721 €), mehr überweisen muss die Stadt in Höhe von 461.260 € so bleiben rd. 40 T€ übrig.

Herr Rudolph setzt die Stadtverordneten in Kenntnis darüber, dass man die Möglichkeit hat, gegen die Kreisumlage in Widerspruch zu gehen. Die Verwaltung prüft derzeit eine solche Möglichkeit.

Zur Qualität des Mittagessens informiert der Bürgermeister, dass diverse unverbindliche Labore angefragt wurden. Für konkrete Angebote oder Untersuchungsaufträge bedarf es aber einer Angabe, was untersucht werden soll. Die Verwaltung schlägt deshalb vor, eine AG zu berufen, die das Mittagessen kontrolliert. Die Unterlagen dazu werden dann im nächsten Fachausschuss thematisiert.

In der DS 6/283 bzw. im Protokoll des Kultur- und Sozialausschusses ist zum Pneumant-Forum noch einmal folgendes nachzulesen: ... eine Fördervoraussetzungen besagt, dass Pachtverträge mindestens für die Dauer der Zweckverbindung, d.h. 25 Jahre abgeschlossen worden sind... Herr Thomas Apitz regt an, dass die Vertragsbeziehungen zwischen Stadt und den beiden favorisierten Vereinen diesbezüglich geprüft werden sollten (Datum 28.4.2016). Er Rudolph zitiert diesen Punkt TOP 7.5. um zu erinnern, dass das Thema bereits zu einem Zeitpunkt bekannt war, als er noch nicht Bürgermeister war und sich darum hätte auch der Amtsvorgeher kümmern müssen.

Zum Neugeborenenbegrüßungsdienst nimmt der Bürgermeister Stellung und führt im öffentlichen Teil aus, dass dieser Dienst inzwischen seit 2015 nicht mehr in der beschlossenen Form umgesetzt wird. In Abstimmung mit dem zuständigen FGL, der Rechts- und der Personalstelle wurden die Zeiteile reduziert, weil es keine Nachfrage zu diesem Dienst mehr gab. Ursprünglich war dafür mal eine Stelle mit 30 Wochenstunden ausschließlich für diesen Dienst geschaffen worden.

Am 28.9. , Treffpunkt Altes Rathaus, findet die Waldbereisung statt, zu der Herr Weber herzlich einlädt.

Herr Tschepe berichtet, dass auf die Ausschreibung des Rohbaus T.-Fontane-Grundschule keine Angebote eingegangen sind. Nun wird mit einer veränderten Zeitschiene/Neuausschreibung und Baubeginn nach der Winterpause weitergemacht.

Die weitere Information betrifft den BPlan 107 Neue Spreevorstadt, dafür wurde ein überarbeiteter Bauantrag eingereicht, der die Ziele, die für diesen BPlan mit dem Aufstellungsbeschluss beschlossen wurden, berücksichtigt. Seitens des BAO bestehen noch einige Nachforderungen, aber die Baugenehmigung nach § 34 BauGB wird erteilt werden können. Das gleiche gilt für das Bauvorha-

ben H.-Thoma/Ecke Leistikowstraße. Herr Tschepe zeigt sich optimistisch, dass man auch darüber mit dem Vorhabenträger eine Einigung erzielt.

TOP 10 Behandlung von Anfragen von Mitgliedern der Stadtverordnetenversammlung

Frau Wagner bringt die Sprache noch einmal auf den Neugeborenenbegrüßungsdienst. Sie erinnert an den gefassten Beschluss im Jahre 2013 und fragt, welche Schlussfolgerungen der Bürgermeister daraus zieht.

Der Bürgermeister erklärt, dass es weiterhin im Bürgerbüro einen Begrüßungsbrief geben wird und ggf. bei Interesse an eine Ansprechpartnerin weitergeleitet, um weitere Fragen, Anregungen etc. zu klären.

Herr Sachse spricht noch einmal die Kreisumlage an und fragt, ob es Kontakt zu anderen Gemeinden gibt, um ein koordiniertes Vorgehen zu besprechen.

Der Bürgermeister meint, man sei im Gespräch.

Herr Petenati gibt den Hinweis, dass am Bahnhof ein Fahrradständer auf dem Gelände der ehem. KWU ungenutzt ist. Er fragt, ob die Stadt das Areal erwerben und nutzen könnte.

Der BM dankt für den Hinweis und meint, man werde ihn prüfen.

Frau Seiler meint zum Neugeborenenbegrüßungsdienst, dass es allein schon aus Datenschutzgründen sinnvoll ist, selbst die Initiative zu ergreifen und die Verwaltung aufzusuchen. So kann gleich sichergestellt werden, dass der Dienst nur die erreicht, die das tatsächlich auch wünschen.

Herr Teichmann bestätigt, dass nicht viele Eltern zu Hause aufgesucht werden möchten.

Frau Fiedler fragt nach der Ordnungspartnerschaft aus dem Jahre 2012, die insbesondere zum Bahnhof/Bahnhofsumfeld abgeschlossen wurde.

Zum anderen erinnert sie an die Anfragen des OB Trebus und deren Beantwortung.

Auf Nachfrage von Herrn Henkel berichtet der Bürgermeister über einen Munitionsfund auf dem Gelände des Tränkewegs. Der Munitionsbergungsdienst hat vor Ort eine Sprengung vorgenommen und das Landeskriminalamt übernahm die weitere Ermittlung. Demnächst gibt es noch ein Gespräch zwischen der Abfallbehörde, dem zuständigen Ministerium und der Verwaltung, um für dieses Areal weitere Schritte festzulegen. Danach werden die Stadtverordneten natürlich über das Ergebnis informiert.

TOP 11 Beendigung des öffentlichen Teils der Sitzung

Der Vorsitzende schließt die öffentliche Sitzung. Die Niederschrift umfasst 16 Seiten. Er bittet, die Nichtöffentlichkeit herzustellen.

Jürgen Teichmann

Franka Koch

Vorsitzender

Schriftführerin